

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	03.03.2004

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld am 25.02.2004

Anwesend sind unter dem Vorsitz des **stellv. Bezirksvorstehers Franz-Josef Kirch:**

von der CDU-Fraktion

Herr Hans-Peter Degen, Herr Reiner Hadasch, Herr Stefan Kleusch, Frau Andrea Knorr, Herr Karl-Heinz Kriegelstein, Herr Gunther Pott,

von der SPD-Fraktion

Frau Karin Ernst, Frau Baerbel Falk, Herr Thomas Kring, Frau Ursula Kring,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Dieter Lüdemann, Frau Gerta Helene Siller,

von der FDP-Fraktion

Herr Dirk-Henrik Hülper,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Beig. Marlis Drevermann,

Mitglieder des Bezirksjugendrates

als beratendes Mitglied

Herr Stv. Geisendörfer,

von der Polizei

Herr Janssen,

von der Presse

Herr Glatthaar, WZ,

von der Verwaltung

Herr Beig. Uebrick – GB Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Herr Spenner und Frau Kopetsch – SB Schulen, Herr Krieg – SB Jugend und Freizeit.

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Frau Ingeborg Galbrecht,

von der SPD-Fraktion

Herr Professor Günter Borchert, Herr Jörg-Henning Schwerdt, Herr Hans Jürgen Vitenius,

von der Ratsgruppe der PDS

Frau Sonja Czyganowski.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Der Tagesordnungspunkt 6 – Umbenennung Krugmannsgasse – wird auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vertagt.

Öffentliche Sitzung

1 Bezirksjugendrat

1.1 Schließung des Jugendcafes

Frau Mahnert regt zur Klärung der Situation ein Gespräch zwischen Bezirksjugendrat, Verwaltung, Fraktionsvorsitzenden in der BV und dem CVJM als Betreiber der Offenen Tür an.

Alle Fraktionen sind einverstanden und bitten um eine baldige Terminierung.

2 Objekt Untergrünwalder Straße 14 - 16

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, es sei müßig, über ein Haus zu diskutieren, das schon längst abgerissen sei. Die Zuständigkeit in Denkmalschutzfragen liege aber eindeutig bei der BV und sie sei in dieser Angelegenheit trotzdem nicht beteiligt worden.

Für die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** geht es hier auch um die Grundsatzfrage, wie die BV bei anderen Baugenehmigungen - beispielsweise bei Mobilfunk- oder Werbeanlagen - beteiligt oder nicht beteiligt werde.

Auch die **CDU-Fraktion** wünscht sich in diesen Fragen einen sensibleren Umgang mit der BV.

Herr Hülper stellt fest, dass auch in anderen Fällen Anhörungsrechte der BV verletzt worden seien. Die gravierende Frage sei aber für ihn in diesem Fall, wieso ein Gebäude **vor** der Herausnahme aus dem Denkmalschutz bereits abgerissen werden könne.

Herr Beig. Uebrick erklärt, dass die BV bei der Herausnahme des Gebäudes aus der Denkmalliste hätte gehört werden müssen. Dies sei nicht geschehen, bedeute aber trotzdem nicht, dass der Abriss des Gebäudes rechtswidrig sei, da die Abrissgenehmigung völlig unabhängig vom Denkmalschutz wegen der gravierenden statischen Mängel des Gebäudes habe erteilt werden **müssen**. Dennoch habe er aufgrund dieses Falles organisatorische Veränderungen im Ablauf veranlasst, da es – wenn auch rechtlich völlig in Ordnung – wenig hilfreich sei, wenn die BV erst nach einem Abriss eine Entscheidung über die Denkmaleigenschaft treffen solle.

Im Hinblick auf die grundsätzlichen Fragen zu Baugenehmigungen erklärt er, dass ein Baugenehmigungsverfahren eine gebundene Verwaltungsentscheidung sei, die durch eine Bezirksvertretung nicht verhindert werden könne, wenn alle baurechtlichen Voraussetzungen vorliegen würden. Der Antragsteller habe dann einen Rechtsanspruch auf eine Genehmigung in angemessener Zeit. Die den Bezirksvertretungen zugehenden Listen über Bauvorhaben dienten lediglich zur Information. Darüber hinaus gehende Auskunftswünsche könnten nur zeitnah erfolgen und dürften nicht zu einer zeitlichen Verzögerung des Genehmigungsverfahrens führen. Notfalls müsse die BV eine Sondersitzung einberufen, um den zeitlichen Ablauf nicht zu gefährden.

2.1 Benehmensherstellung zur Entlassung des Objektes Untergrünwalder Str. 14/16 aus der Denkmalliste Vorlage: VO/2441/04

Die BV Elberfeld nimmt den Bericht der Verwaltung entgegen.

2.2 Austragung/Löschung des Objektes Untergrünwalder Straße 14/16 aus der Denkmalliste
Vorlage: VO/2445/04

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 25.02.2004:

Die BV Elberfeld beschließt die förmliche Austragung/Löschung des Objektes Untergrünwalder Str. 14/16 aus der Denkmalliste.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei 2 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen)

3 Schulbezirksänderungen im Rahmen der Grundschulentwicklungsplanung
Vorlage: VO/2519/04

Herr Spenner fasst die Vorlage kurz zusammen und erklärt, dass beim Gebäudemanagement z. Z. Erweiterungsmaßnahmen für die GS Küllenhahner Straße geplant würden.

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, dass sich die BV ganz klar gegen eine Schließung der GS Cronenberger Straße ausgesprochen habe. Die im vorigen Jahr von vielen Seiten geäußerten Bedenken und Befürchtungen hinsichtlich einer adäquaten Unterbringung der Kinder würden jetzt bestätigt. Die Protokolle der Schulkonferenzen zeigten große Unsicherheit und Unzufriedenheit bei den Betroffenen. Für sie sei der umgekehrte Weg der richtige gewesen: Erst zu überlegen und darzustellen, welche Änderungen ggf. erforderlich und auch machbar seien und erst danach Schulschließungen in Erwägung zu ziehen. Bevor sie nicht genau wisse, wie die Kinder untergebracht werden sollen, könne sie dieser Vorlage nicht zustimmen.

Die **CDU-Fraktion** sieht dies genauso und hegt angesichts der finanziellen Lage der Stadt Befürchtungen, dass die notwendigen Erweiterungsbauten nicht rechtzeitig errichtet würden.

Herr Hülper unterstützt die beiden großen Fraktionen in ihrer Aussage. Erst müsse die Errichtung von zusätzlichen Gebäuden hundertprozentig sichergestellt sein, dann könne man sich über eine Änderung der Schulbezirksgrenzen unterhalten.

Frau Beig, Drevermann stellt fest, dass die Erweiterungsbauten in der mittelfristigen Investitionsplanung enthalten seien. Das GMW habe mit den Planungen begonnen. Sie widerspricht der Auffassung, dass eine andere Reihenfolge richtiger gewesen sei. Erst müsse feststehen, welche Schulen geschlossen würden, dann eine Änderung der Schulbezirksgrenzen erfolgen und gleichzeitig müsse mit der Gebäudeplanung begonnen werden.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** hat die selben Vorbehalte wie die anderen Fraktionen und möchte darüber hinaus wissen, wo denn an der GS Küllenhahner Straße gebaut werden solle.

Auf die Antwort von **Herrn Spenner**, dass das GMW die Planung zu gegebener Zeit vorstellen werde, stellt die **SPD-Fraktion** fest, dass sie spätestens die nächste Sitzung für den richtigen Zeitpunkt halte, da die Zeit dränge.

Frau Beig, Drevermann meint, dass das GMW um Vorstellung der Planung gebeten werden solle. Sie geht auf die von einigen angesprochene Dependancelösung mit dem Gebäude Cronenberger Straße ein und erklärt, dass die Bezirksregierung Dependancelösungen als Dauerlösung nicht zulasse.

Einzelfragen der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** zu den Änderungen der Schulbezirksgrenzen können lt. **Herrn Spinner** nicht sofort beantwortet werden. Er sagt aber eine dem entsprechende Aufstellung als Anlage zum Protokoll zu.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 25.02.2004:

Es wird empfohlen, den Beschlussvorschlag für den Bereich Elberfeld abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**4 Instandsetzung der "Schwimmoper" - Grundsatzbeschluss -
Vorlage: VO/2579/04**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 25.02.2004:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Sanierung der Schwimmoper durch Instandsetzung des baulichen Bestandes und Erneuerung der Gebäudetechnik mit einem Kostenrahmen von max. 10 Mio. € wird im Grundsatz beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**5 Bauleitplanverfahren Nr. 933- Bahnhofstraße / Südstraße 2. Änderung
Vorlage: VO/2573/04**

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 25.02.2004:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Vergrößerung des Geltungsbereiches des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 933 – Bahnhofstraße/ Südstraße – wie in Anlage 01 verbal beschrieben und in der Anlage 02 zum Übersichtsplan näher kenntlich gemacht wird beschlossen.

2. Der Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss zur Vergrößerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 933 Bahnhofstraße/ Südstraße im Bereich der heutigen Blücher Brücke wird gem § 2 (1) und 2 (4) BauGB beschlossen.

3. Die Offenlage des Bauleitplanes Nr. 933 – Bahnhofstraße / Südstraße – für den Geltungsbereich – wie in den Anlagen 01 und 02 beschrieben und als Anlagen 03 näher kenntlich gemacht, wird gem § 3(2) BauGB mit

Erläuterungsbericht und Begründung beschlossen.

4. Die dieser Änderung entgegenstehenden Festsetzungen und städtebaulichen Pläne, insbesondere der Bebauungsplan Nr. 954 B Döppersberg/ Bundesallee werden für diesen Teilbereich aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7 Weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005

Vorlage: VO/2619/04

Die **SPD-Fraktion** möchte hinsichtlich der freien Mittel für die Bezirksvertretungen 1. wissen, wie hoch der gekürzte Betrag für die BV Elberfeld ist und 2. stellt sie die Frage, ob nicht inzwischen die Grenze dessen erreicht sei, was eine Bezirksvertretung noch handlungsfähig sein lasse.

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 25.02.2004:

Die Bezirksvertretung Elberfeld lehnt die Auflösung der Meldestelle Elberfeld ab und kann daher auch den sich hieraus ergebenden Einsparungen nicht zustimmen.

Die anderen aufgelisteten Einsparungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

8 Quotierte Mittel des Haushaltsplanes 2004/2005

Die **Bezirksvertretung** nimmt die Quotierung der Haushaltsmittel für ihren Bezirk zur Kenntnis.

8.1 Quotierung von Haushaltsmitteln für die Beschaffung von Lehr- und Lernmittel der Grundschulen im Bezirk

Vorlage: VO/2520/04

Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 25.02.2004:

Dem Vorschlag zur Mittelverteilung von den im Haushaltsplan veranschlagten Mitteln im Verwaltungs- und Vermögenshaushalts der Grundschulen im Bezirk wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

9 Berichte und Mitteilungen

- 9.1 Duschvorhänge Schwimmooper
- Stellungnahme SB Sport und Bäder
- 9.2 Beginn der Sanierungsmaßnahmen an der Röntgentreppe
- Mitteilung R Straßen und Verkehr
- 9.3 Verkehrsinformationen
- zur Baustelle Marienstraße
- Worringer Straße / Karl-Theodor-Straße
- Mitteilungen WSW

Hinsichtlich der Baustelle Marienstraße bittet **Herr Lüdemann** um einen Ortstermin.

- 9.4 Entfernung von Haltverboten an der Schule Schusterstraße 25
- Verfügung R Straßen und Verkehr

Herr Lüdemann stellt fest, dass Klagen aus der Elternvertretung der Schule gekommen seien, dass jetzt auch zu Schulzeiten Pkw dort parken würden.

Herr Kring meint, dass man der Verwaltung dankbar sein solle, wenn sie Möglichkeiten zur Schaffung dringend benötigten Parkraums sehe und dann auch umsetze.

- 9.5 Baumfällung Altenheim Neviandtstraße
- Mitteilung R Grünflächen und Forsten
- 9.6 Anschaffung von Geräten zur Unterstützung der Motorik
- Dankschreiben der GS Reichsgrafenstraße 36
- 9.7 Kurzzeitparkplätze Hofkamp, gegenüber 169/171
- Verfügung R Straßen und Verkehr
- 9.8 Baumaßnahme Zimmerstraße
- Mitteilung WSW
- 9.9 Baumfällungen Weidenplatz und Hardt
- Mitteilungen R Grünflächen und Forsten

Die **SPD-Fraktion**

- 9.10 berichtet über die Veranstaltung zur Neugestaltung des Deweerth'schen Gartens. Es sei einhelliger Wunsch aller Anwesenden gewesen, den Übergang zwischen Deweerth'schem Garten und Deweerthpark großzügiger zu gestalten. Sie bittet die Verwaltung, diese Veränderung einmal kostenmäßig darzustellen.
- 9.11 bittet um Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses zur Hardt in der nächsten Sitzung.
- 9.12 stellt die Frage an die Verwaltung, ob es möglich sei, in der Zimmerstraße zwischen Hombüchel und der Treppe Tippen-Tappen-Tönchen eine Einbahnstraßenführung einzurichten, damit das Parken auf der Fahrbahn erlaubt und das unzulässige Bürgersteigparken unterbunden werden könne.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 9.13 kritisiert, dass die BV von der Schließung der Waldbühne nur über die Presse erfahren habe. Sie erwartet von der Verwaltung einen Bericht in der nächsten Sitzung über die Art der Schäden sowie die voraussichtliche Dauer der Schließung.
- 9.14 möchte wissen, ob es zutrefte, dass das Eckgrundstück Briller Straße / Luisenstraße verkauft worden sei und ob jetzt neue Planungen vorliegen würden. Ggf. bittet sie um einen Bericht in der nächsten Sitzung.
- 9.15 **Herr Hülper** verweist auf den Beschluss der BV vom 17.12.2003 hinsichtlich der Rückgabe der Bilder aus dem Von-der-Heydt-Museum. Es liege immer noch keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Frau Beig. Drevermann erklärt, dass sie heute eine Stellungnahme des Rechtsamtes im Hinblick auf das Anhörungsrecht der BV zu diesem Thema erhalten habe.

Nach Durchsicht der Stellungnahme erklärt **Herr Hülper**, dass er damit nicht einverstanden sein könne, da nach der Hauptsatzung der Stadt Wuppertal das Anhörungsrecht der BV sehr wohl verletzt worden sei. Er bittet sicherzustellen, dass keine Rückgabe der Bilder **vor** einer Anhörung der BV erfolge.

Frau Beig. Drevermann sagt darauf hin zu, das Rechtsamt um eine ergänzende, auf die Hauptsatzung bezogene Stellungnahme zu bitten. Im übrigen gebe es z. Z. mehrgleisige Verhandlungen, beispielsweise werde auch versucht, die Bilder anzukaufen. Sie stellt eindeutig klar, dass eine Anhörung der BV nachgeholt werde, falls das Rechtsamt eine Verletzung des Anhörungsrecht feststellen sollte und das in einem solchen Falle vorher auch **keine** Rückgabe der Bilder erfolgen werde.

- 9.16 **Herr Pott** spricht noch einmal die Verkehrssituation in der Zeppelinallee an. Er werde von vielen Spaziergängern immer wieder darauf angesprochen, dass die verkehrsberuhigte Straße immer wieder von Fahrzeugen mit erheblicher Geschwindigkeit befahren werde und die Fußgänger sich dort gefährdet fühlen würden.
- 9.17 **Herr Hadasch** regt an
1. bei der Einmündung von der Neviandtstraße in den Südstraßenring die linke Spur deutlicher zu markieren und
 2. an der Kreuzung Hofkamp/Gathe/Morianstraße/Neumarktstraße in westlicher Richtung die rechte Spur für rechts und geradeaus und die mittlere für geradeaus **und links** zu markieren, da die linke Spur durch die Busspur eine zu geringe Aufstellfläche habe.
- 9.18 **Herr Kleusch** spricht die Verlegung eines Haltverbots in der Wesendonkstraße an und bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob es sich um eine dauerhafte Änderung handele. Falls nicht, solle man die jetzige Lösung als Dauerlösung anstreben.